

Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

Bei den DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989 deckten Bürgerrechtsgruppen Wahlbetrug auf. Bereits im Vorfeld forderten sie freie, demokratische Wahlen und riefen dazu auf, mit "Nein" zu stimmen oder die Stimmabgabe zu verweigern. Das Ministerium für Staatssicherheit beobachtete die folgenden Protestaktivitäten und wertete auch die Reaktionen kirchlicher Amtsträger zu den Wahlen aus.

Spätestens seit Mitte der 80er Jahre lag das politische und wirtschaftliche System der DDR am Boden. Immer mehr Menschen kehrten ihrem Land den Rücken. Viele derer, die blieben, brachten ihre Unzufriedenheit deutlicher denn je zum Ausdruck. Politische Veränderungen in Polen und in der Sowjetunion gaben ihnen Mut und Hoffnung auf einen Wandel auch in der DDR.

Am 7. Mai 1989 waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgerufen, anlässlich der Kommunalwahlen den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben. Wie immer stand nur diese eine Liste zur Auswahl. Mit "Ja" zu stimmen, bedeutete, den Stimmzettel zu falten und in die Wahlurne einzuwerfen. Für ein "Nein" musste jeder einzelne Kandidat in den obligatorisch aufgebauten Wahlkabinen sauber waagrecht durchgestrichen werden. Andere Kenntlichmachungen führten zu einer ungültigen Stimmenabgabe. Im Volksmund wurden die Wahlen daher auch als "Zettelfalten" bezeichnet.

Schon bei den vorangegangenen Volkskammerwahlen waren Vorwürfe der Wahlfälschung über westliche Medien erstmals öffentlich geworden. Anfang 1989 riefen verschiedene Gruppen von Oppositionellen zum Wahlboykott auf, forderten freie Wahlen und die Beobachtung der Stimmenauszählung. Letztere war nach § 37 (1) des DDR-Wahlgesetzes öffentlich und auch nach der Verfassung der DDR nicht verboten.

Trotzdem war angesichts der Erfahrung früherer Repressalien, auch durch die Stasi, die Teilnahme daran ein mutiger Schritt. Doch auch diese Aussichten konnten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nicht davon abhalten, extra spät zur Wahl zu gehen oder gegen 18:00 Uhr erneut die Wahllokale aufzusuchen, um die Auszählung zu beobachten. Landesweit fanden in etwa 1.000 Wahllokalen die Stimmenauszählungen unter ihrer Teilnahme statt. Die von den tatsächlichen Wahlergebnissen abweichenden veröffentlichten Zahlen sorgten für zahlreiche Proteste in vielen Städten.

Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen bei der Aufdeckung des Wahlbetrugs gab der Bürgerrechtsbewegung erheblichen Auftrieb. Das Thema blieb durch regelmäßige Aktionen, vor allem Demonstrationen am 7. Tag jedes Monats, bis zum Herbst präsent. Eine Übersicht über Protestaktivitäten gegen den Wahlbetrug legt die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (ZAIG) im Juni 1989 vor. Das Papier enthält außerdem genauere Angaben zu den Nichtwählerinnen und -wählern und zeigt, dass das Protestverhalten mittlerweile auch jenseits der oppositionellen Milieus in Bevölkerungskreisen zunahm, die bis dahin nicht weiter auffällig gewesen waren. Die Stasi analysierte dabei besonders Reaktionen und Verhalten kirchlicher Amtsträger, da diese im Verdacht standen, Oppositionsgruppen zu unterstützen.

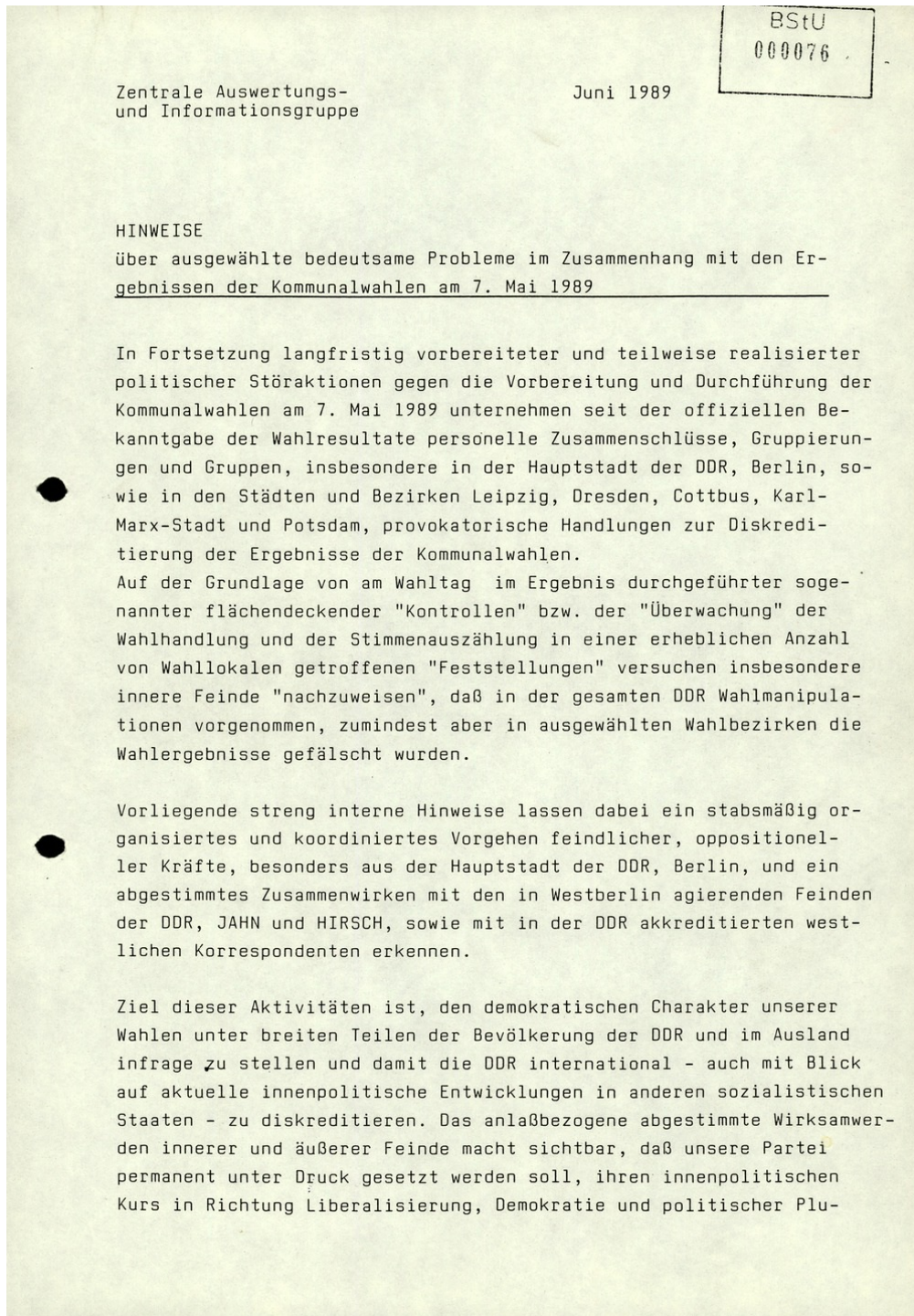
Außerdem enthält das Papier einen Vergleich des Wahlverhaltens 1989 mit den Kommunalwahlen 1984 und den Volkskammerwahlen 1986. Dabei zeigt sich unterhalb der Ebene des offenen Protests eine erhebliche Zunahme von abweichendem Verhalten, wie das Aufsuchen der Wahlkabine oder die Abgabe ungültig gemachter Stimmzettel. Schließlich wird eine kurze Übersicht zu Motiven für die Nichtteilnahme an dem Wahlritual vorgelegt.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

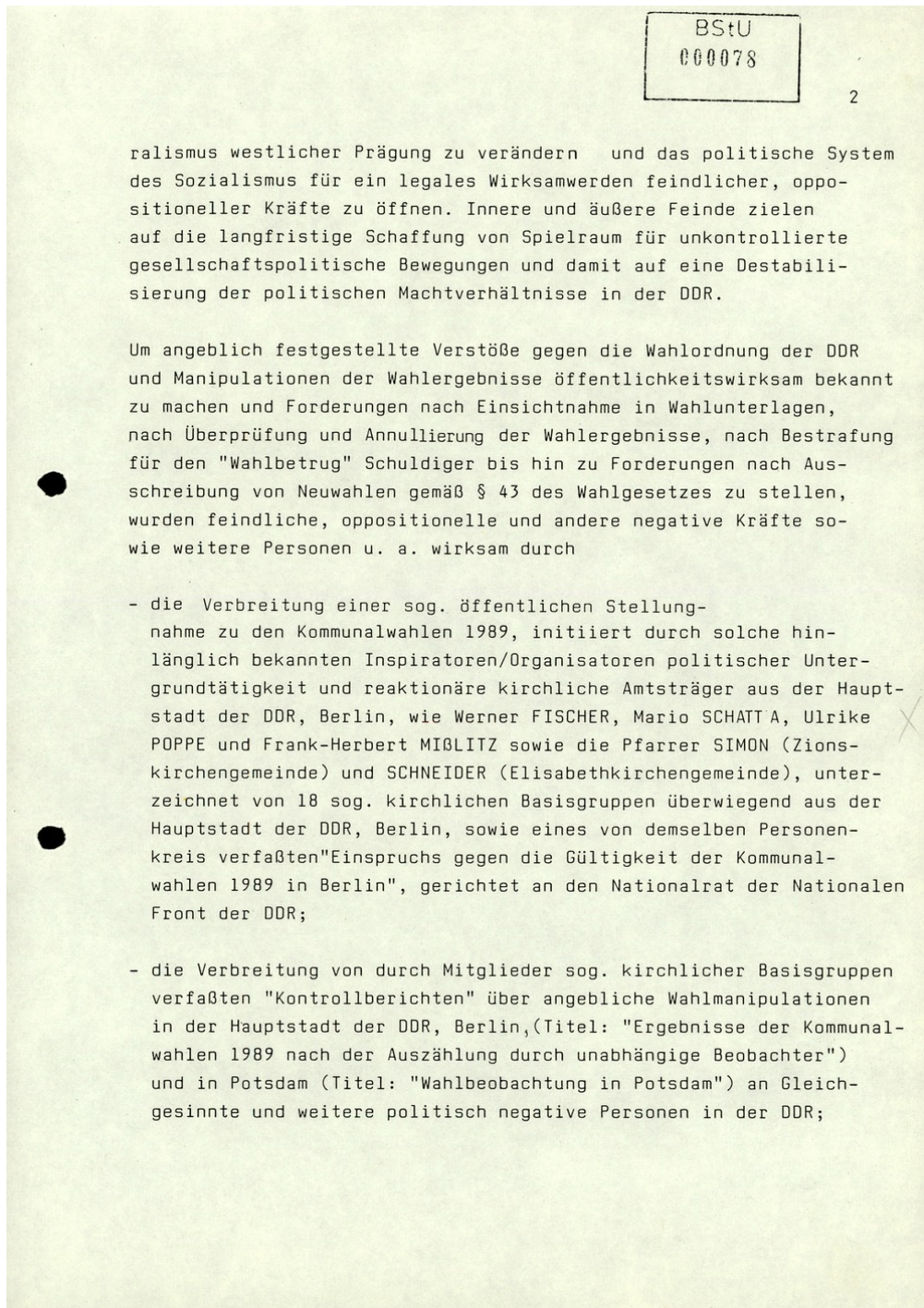
Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
Datum: Juni 1989
Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument

Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



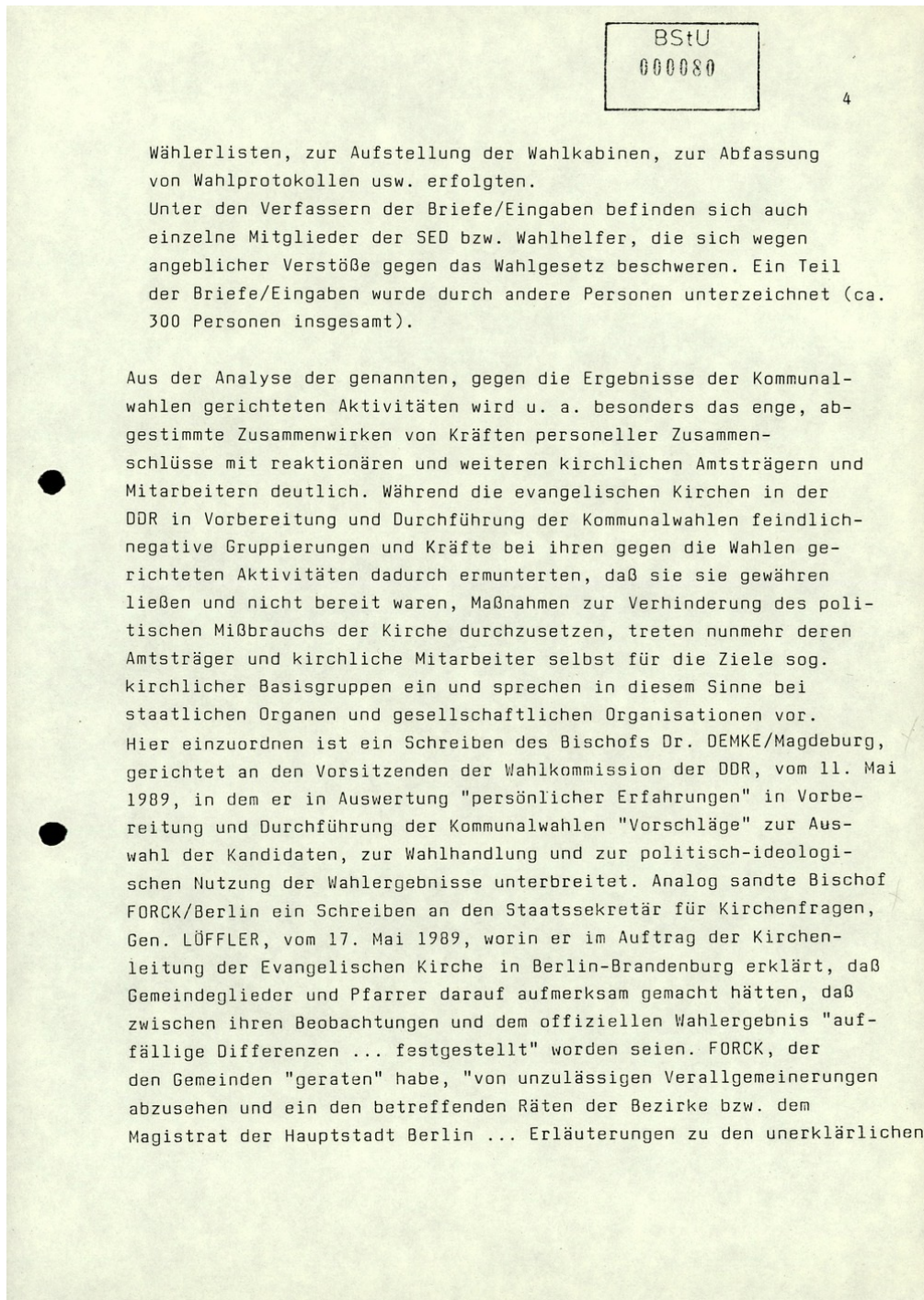
Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

BStU
000079

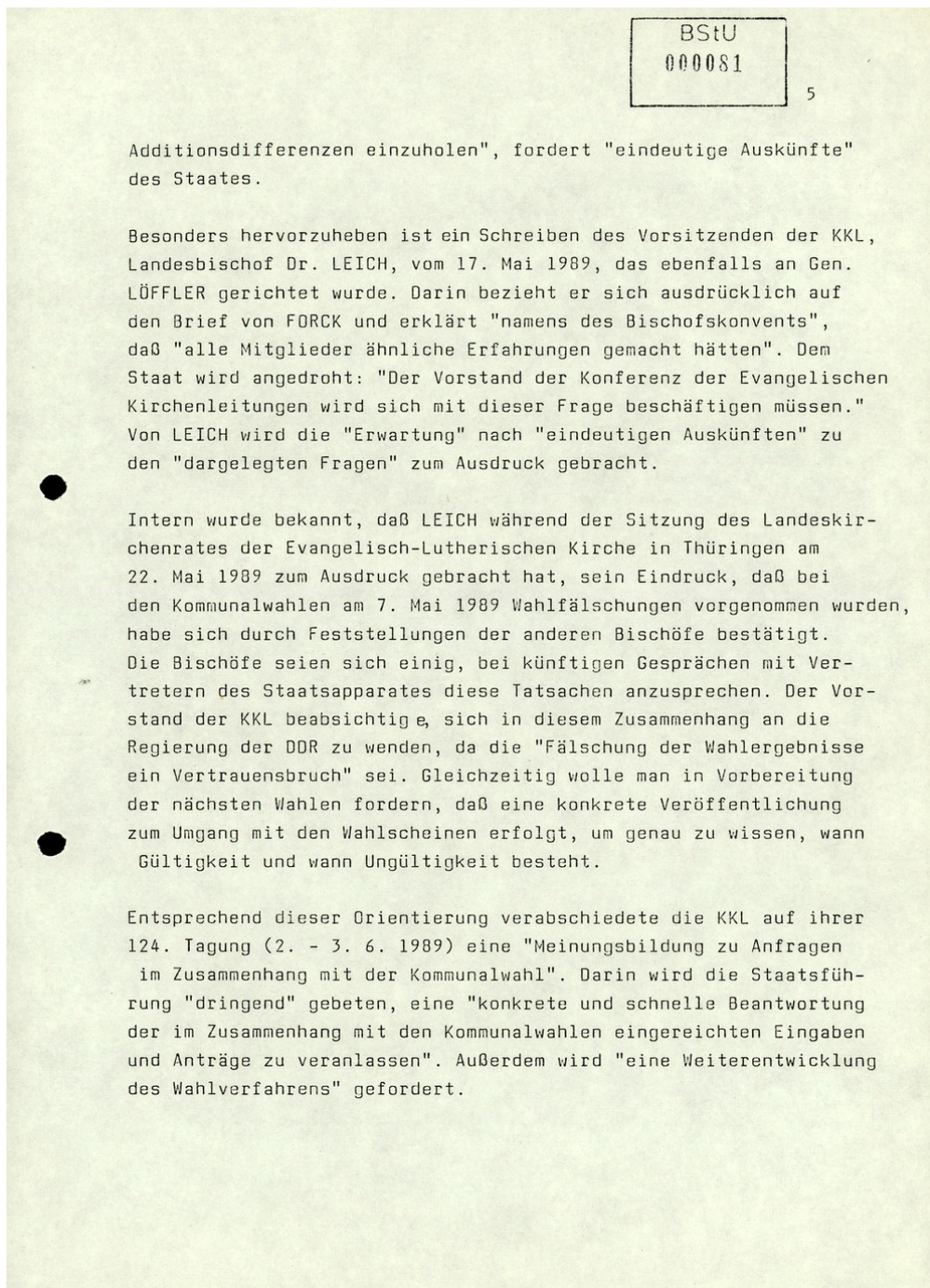
3

- die Erstattung von bisher 8 Anzeigen beim Generalstaatsanwalt der Hauptstadt der DDR durch EPPELMANN (1) sowie durch Mitglieder und Sympathisanten der "Initiative Frieden und Menschenrechte" (7, darunter Martin BÜTTGER) wegen Verdachts der Wahlfälschung gemäß § 211 StGB;
- die Anfertigung von 3 Eingaben mit Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Wahl wegen angeblicher Differenzen bei der Stimmenauszählung an den Vorsitzenden der Wahlkommission der DDR, den Staatsrat der DDR sowie den Nationalrat der Nationalen Front der DDR durch Personenkreise um EPPELMANN sowie der "Umweltbibliothek", der "Initiative Frieden und Menschenrechte", des "Friedenskreises Weißensee" (Sozialdiakon Mario SCHATTA u. a.) und weiterer personeller Zusammenschlüsse;
- das Versenden von inhaltlich gleichartigen Eingaben, anderen Schreiben und Erklärungen an Vorsitzende von Kreiswahlbüros, Kreisvorständen der Nationalen Front, Oberbürgermeister und Bürgermeister, u. a. in den Bezirken Potsdam, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Rostock und Cottbus, sowie Vorsprachen und telefonische Anfragen bei leitenden Staatsfunktionären in Bezirken und Kreisen, u. a. in der Hauptstadt und den Bezirken Leipzig, Dresden, Potsdam und Gera, durch unterschiedlichste feindlich-negative Personenkreise, darunter reaktionäre kirchliche Amtsträger und andere kirchliche Kräfte sowie einzelne Antragsteller auf ständige Ausreise (an der Feststellung der konkreten Anzahl wird noch gearbeitet);
- das Versenden von Briefen/Eingaben an zentrale staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen (Staatsrat, Nationalrat der Nationalen Front und Wahlkommission der DDR) - 84 derartige Schreiben wurden bekannt -, verfaßt von Bürgern aus unterschiedlichsten Bereichen der DDR, in denen überwiegend persönliche Feststellungen zu angeblichen Verstößen gegen das Wahlgesetz dargelegt aber auch vereinzelt Einsprüche gegen Wahlergebnisse und Forderungen nach Neuwahlen erhoben werden (23) und individuelle Anfragen zur Klärung/Überprüfung von Feststellungen über angebliche Unkorrektheiten der

Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 81

Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

BSStU
000082

6

In diesem Zusammenhang ist wesentlich festzustellen, daß sich feindliche, oppositionelle Kräfte in weiterer Auswertung der Ergebnisse der Kommunalwahlen bereits jetzt langfristig auf ein feindlich-negatives Wirksamwerden in Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen 1991 einstellen. Im Rahmen verschiedener kirchlicher Veranstaltungen, in denen z. T. offen von "Wahlbetrug" gesprochen wurde, und Zusammenkünfte feindlich-negativer Gruppierungen und Kräfte erfolgten erste dementsprechende Orientierungen. So orientierten sog. Friedens- und Ökogruppen in Greifswald auf weitere "Auswertungsveranstaltungen" zu den Kommunalwahlen, um Schlußfolgerungen für die nächsten Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen zu ziehen. Die Anwesenden bei einer Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft "Offene Kirche" in der Evangelisch-Lutherischen St.-Pauli-Kreuzkirchengemeinde in Karl-Marx-Stadt am 9. Mai 1989 vertraten den Standpunkt, daß die in zwei Jahren stattfindenden Volkswahlen durch die Kirche in allen Sonderwahllokalen und Wahllokalen so "unter Kontrolle gestellt werden müßten, damit endlich wahre Zahlenangaben zum Wahlergebnis veröffentlicht würden".

Während einer durch bekannte Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit am 19. Mai 1989 in weiterer Auswertung der Kommunalwahlen durchgeführten Veranstaltung im Evangelischen Gemeindezentrum "Heinrich Gruber" in Berlin-Hohenschönhausen wurde dem Vorschlag zugestimmt, die in Vorbereitung der Kommunalwahlen gebildete "AG Koordinierung Wahlen" fortbestehen zu lassen, um langfristig gegen die Volkskammerwahlen im Jahre 1991 gerichtete Handlungen vorzubereiten. Bezogen auf diese Veranstaltung ist des weiteren bedeutsam, daß die Anwesenden befürworteten, weitere Eingaben an staatliche Organe und eine zusammenfassende Dokumentation durch die "Koordinierungsgruppe Wahlen" zu erarbeiten. Ein derartiges nichtgenehmigtes Druckerzeugnis "Wahlfall 89 - Eine Dokumentation" wurde erstmalig auf einer Veranstaltung am 8. Juni 1989 in der Gethsemanekirche verbreitet. Diese 30seitige "Dokumentation" faßt bekannte "Erklärungen", "Offene Briefe", Eingaben feindlicher, oppositioneller u. a. negativer Kräfte in Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahlen zusammen.

Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

BSStU
000083

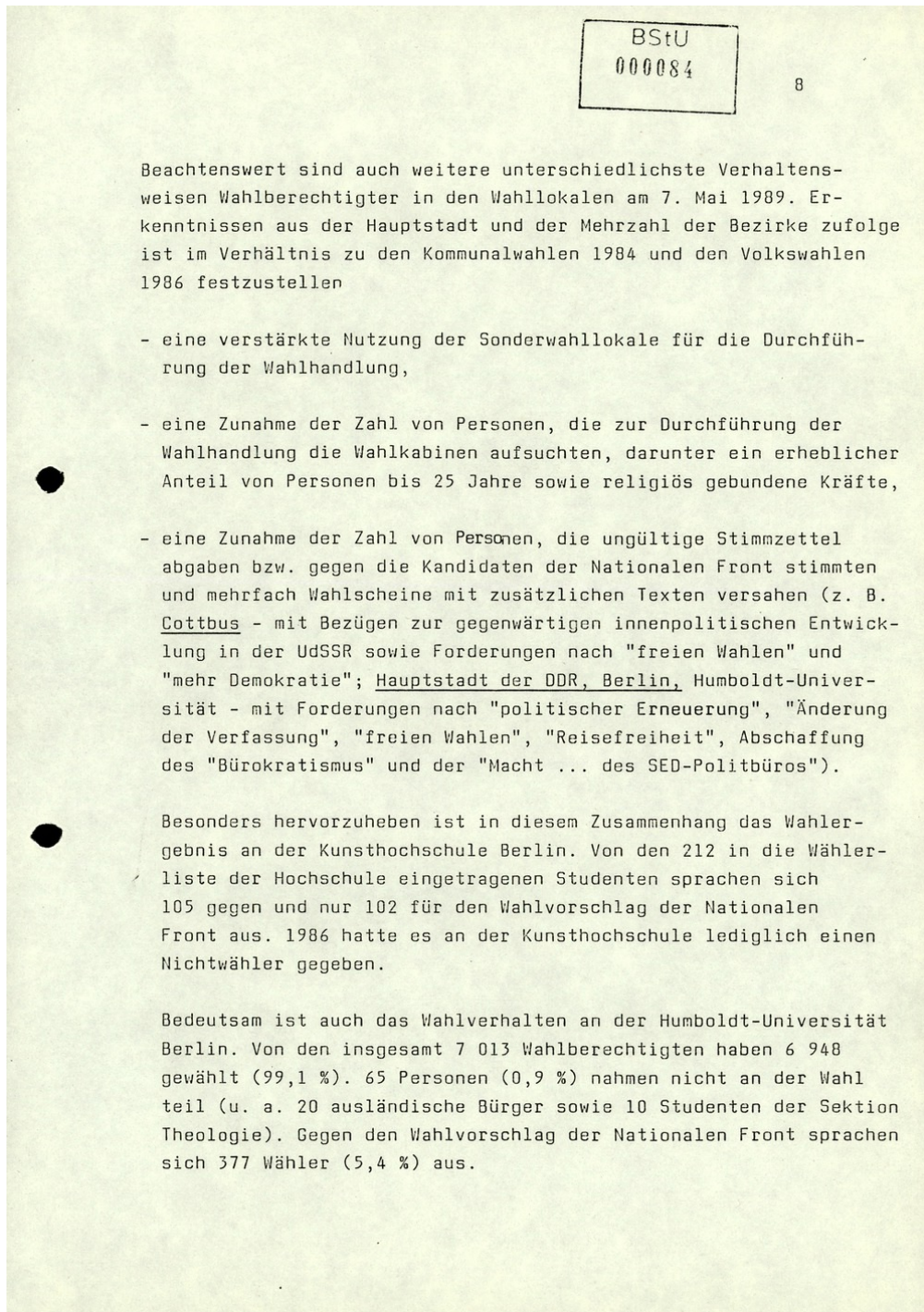
7

Hier einzuordnen sind auch intern bekanntgewordene Äußerungen des Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Manfred BECKER, wonach sich seiner Meinung nach in den nächsten Wahlen zum Wahlmodus Änderungen ergeben müßten. So wäre auch während der letzten ökumenischen Versammlung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, an der er teilgenommen habe, schon sehr vorsichtig eine Forderung nach Änderung des Wahlmodus formuliert worden.

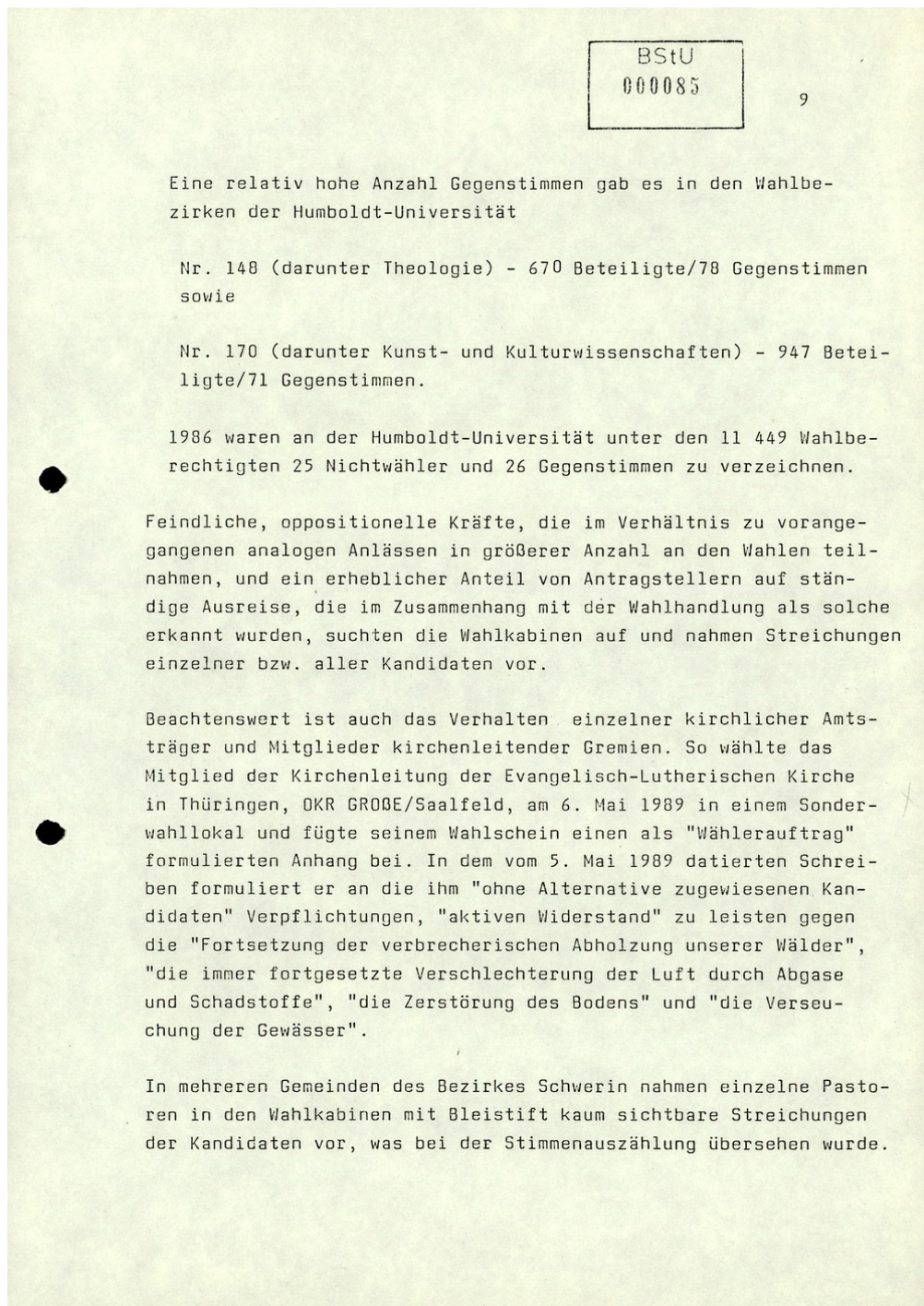
Wie weit die Provokationen feindlich-negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen reichen, zeigt folgendes Beispiel:

Streng intern war im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Konstituierung der Stadtbezirksversammlung Leipzig-Mitte am 31. Mai 1989 bekannt geworden, daß Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft "Dialog" des Clubs der Intelligenz des Kulturbundes in Leipzig, von denen mehrere Verbindungen zu Führungskräften des politischen Untergrundes in Leipzig unterhalten, beabsichtigten, diese konstituierende Sitzung zum Vorbringen eines öffentlichen Protestes gegen das veröffentlichte Wahlergebnis zu nutzen. (Dieses Vorhaben konnte durch den Einsatz gesellschaftlicher Kräfte unterbunden werden.) Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft hatten bereits am Wahltag an Stimmentauschungen in Wahllokalen von Leipzig-Mitte teilgenommen und am 23. Mai 1989 einen "Antrag auf Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk Mitte der Stadt Leipzig und auf Überprüfung des Wahlergebnisses" an den Stadtbezirksausschuß der Nationalen Front übergeben. Am 29. Mai 1989 hatte ein Mitglied der Arbeitsgruppe (SED-Mitglied) der Stadtbezirksleitung Mitte der SED eine "Mitteilung - Betr.: Gültigkeit der Wahl im SB Mitte" übergeben, und am 30. Mai waren von Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe 4 neugewählte Abgeordnete aufgesucht, diesen der "Antrag" übergeben und sie aufgefordert wurden, auf eine Verschiebung der Konstituierung hinzuwirken.

Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



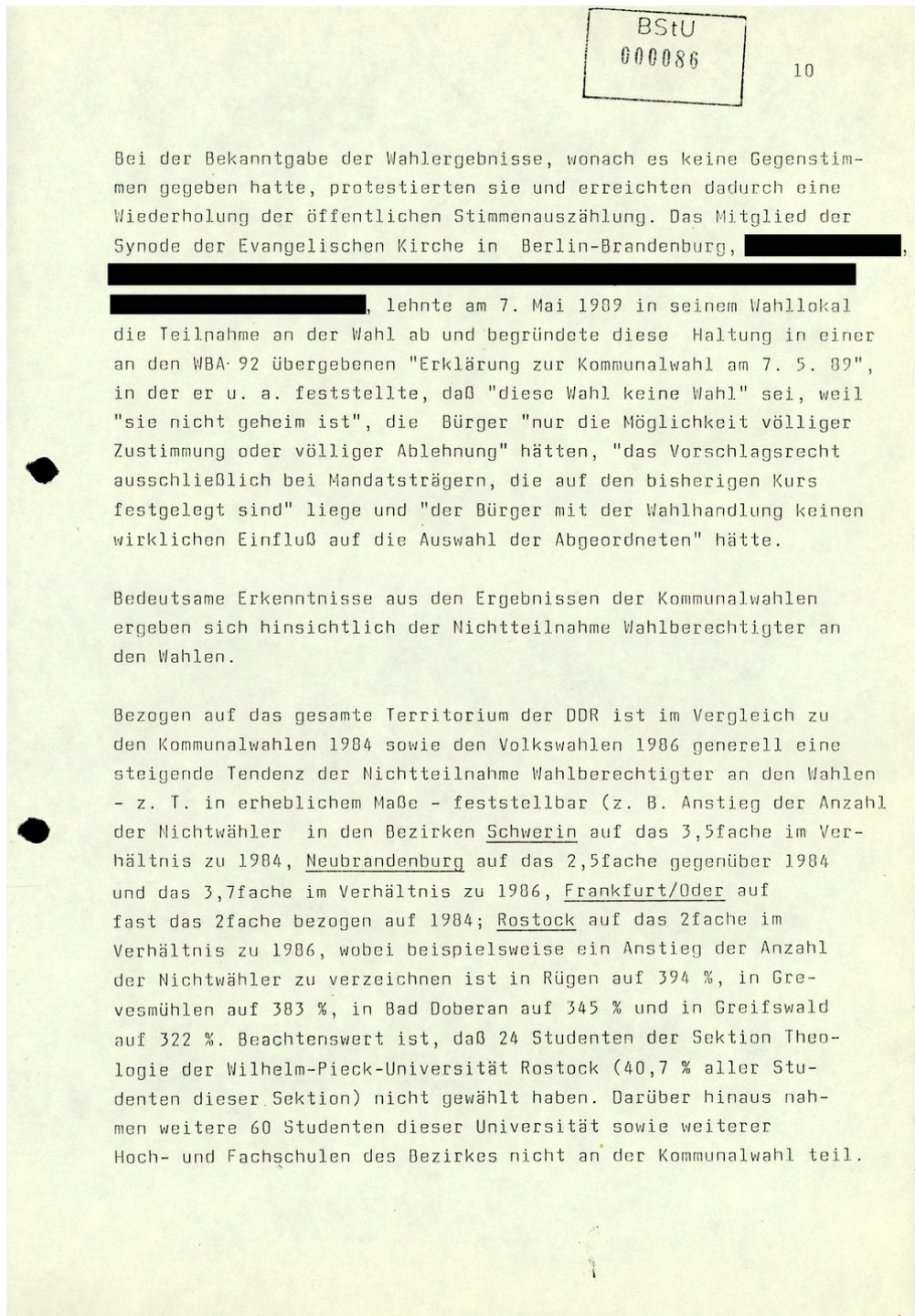
Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



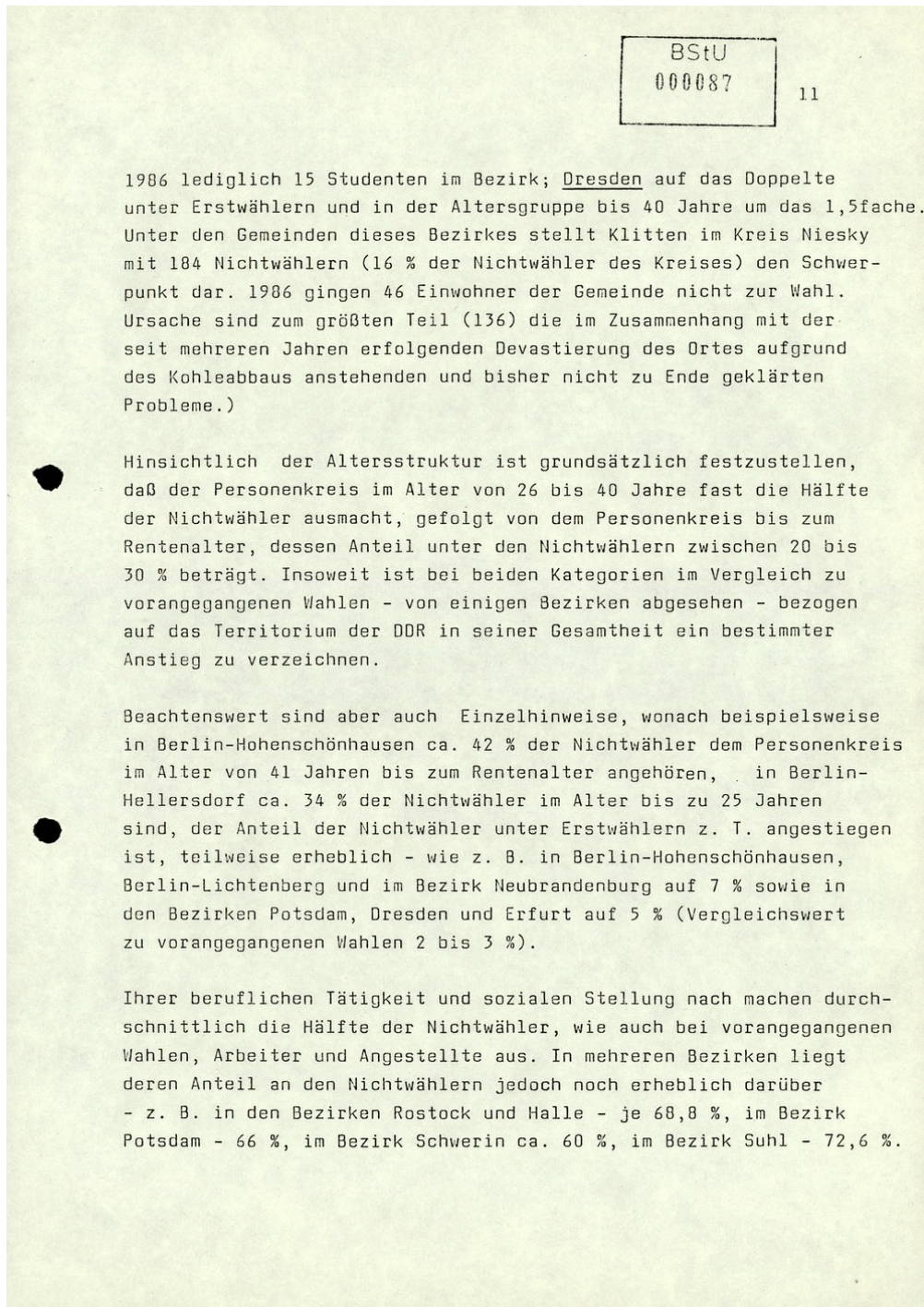
Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 85

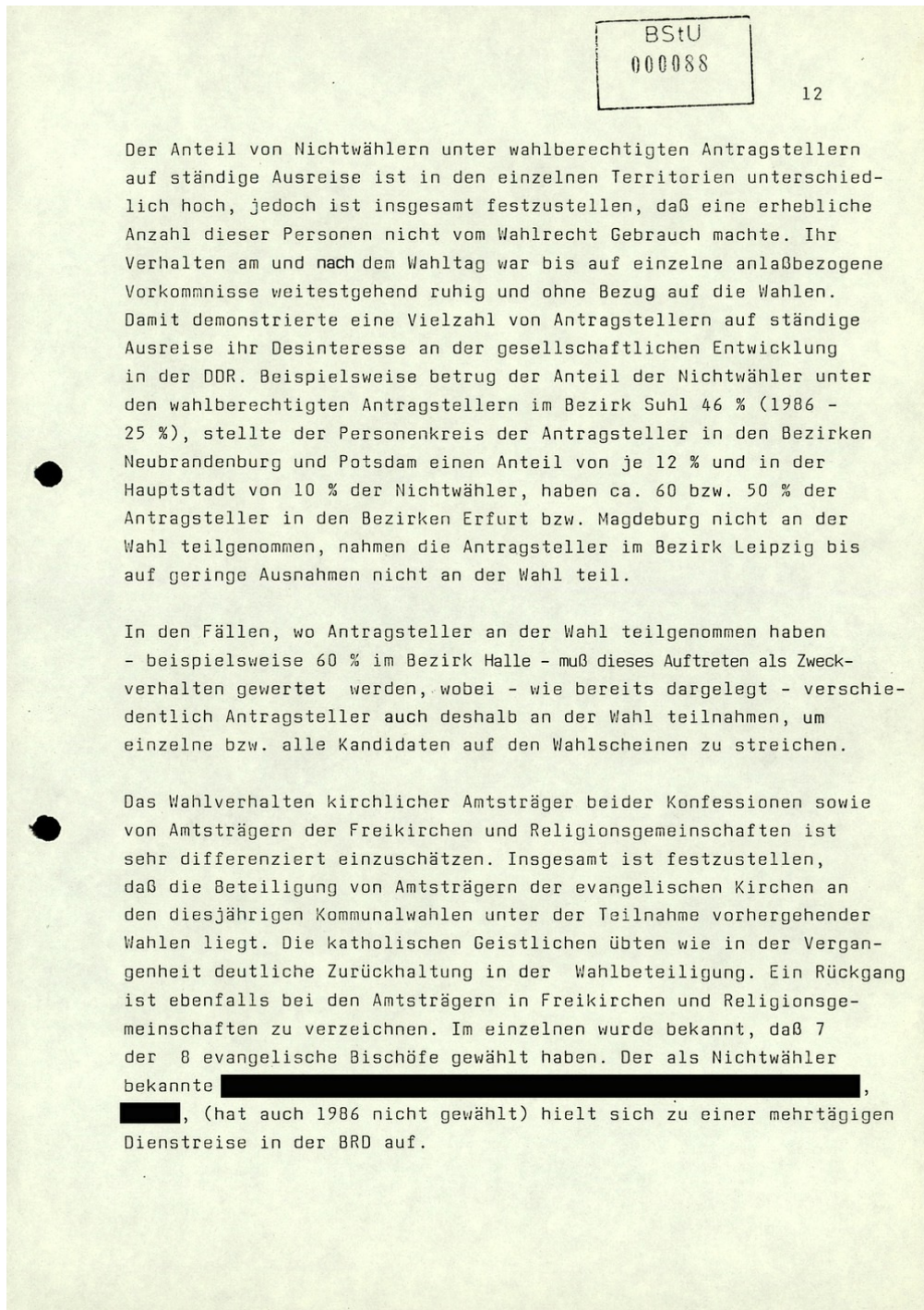
Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



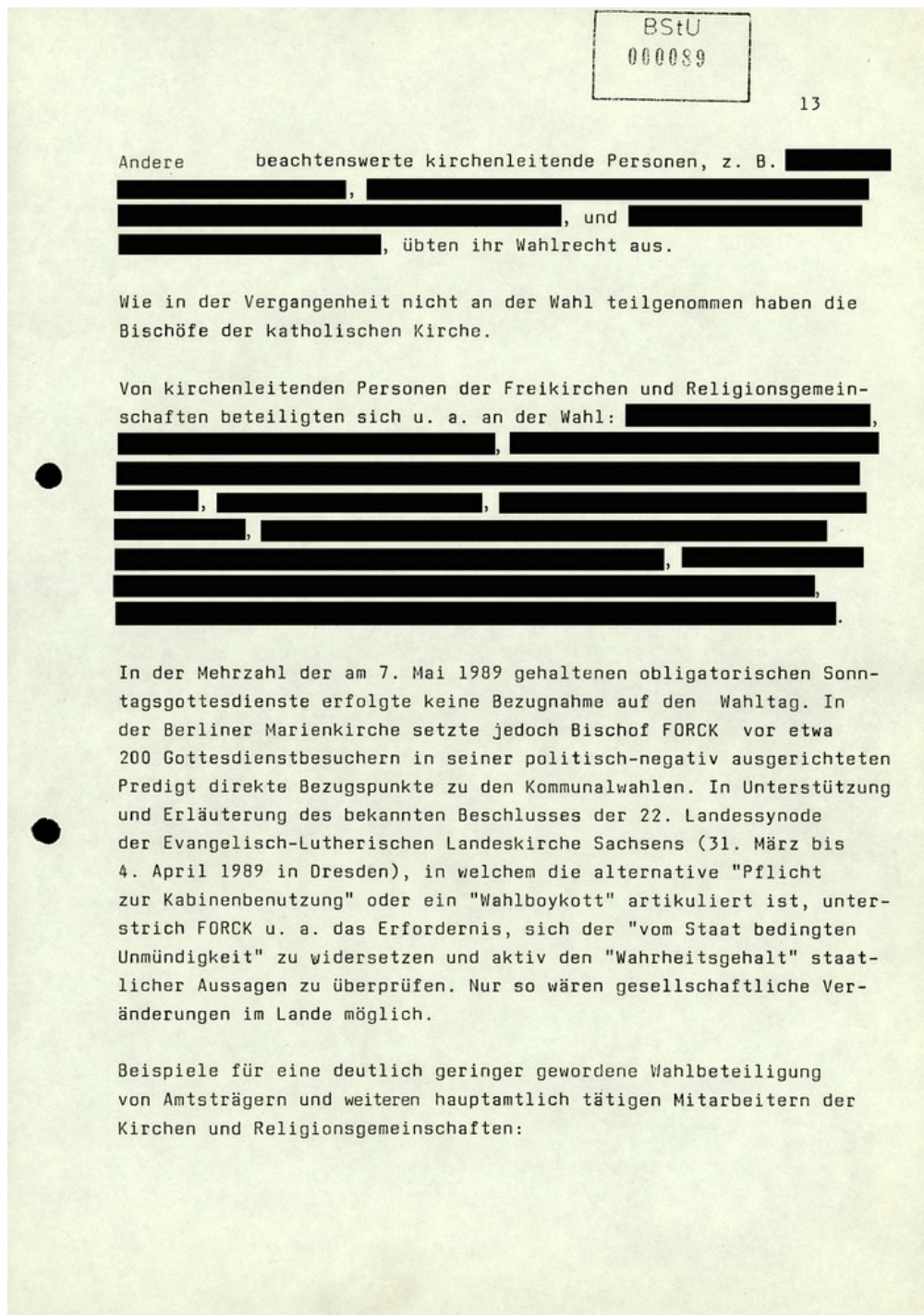
Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



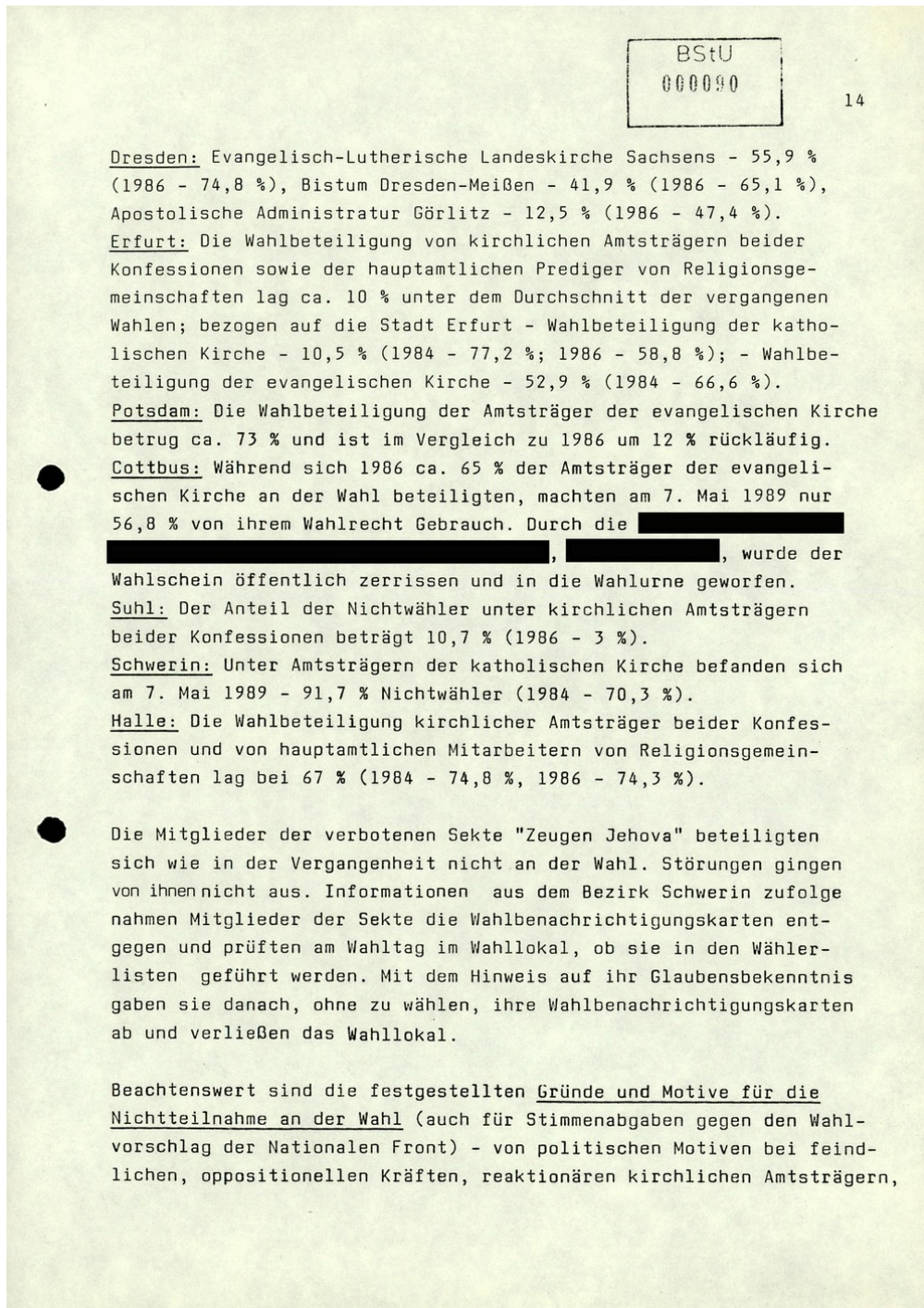
Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



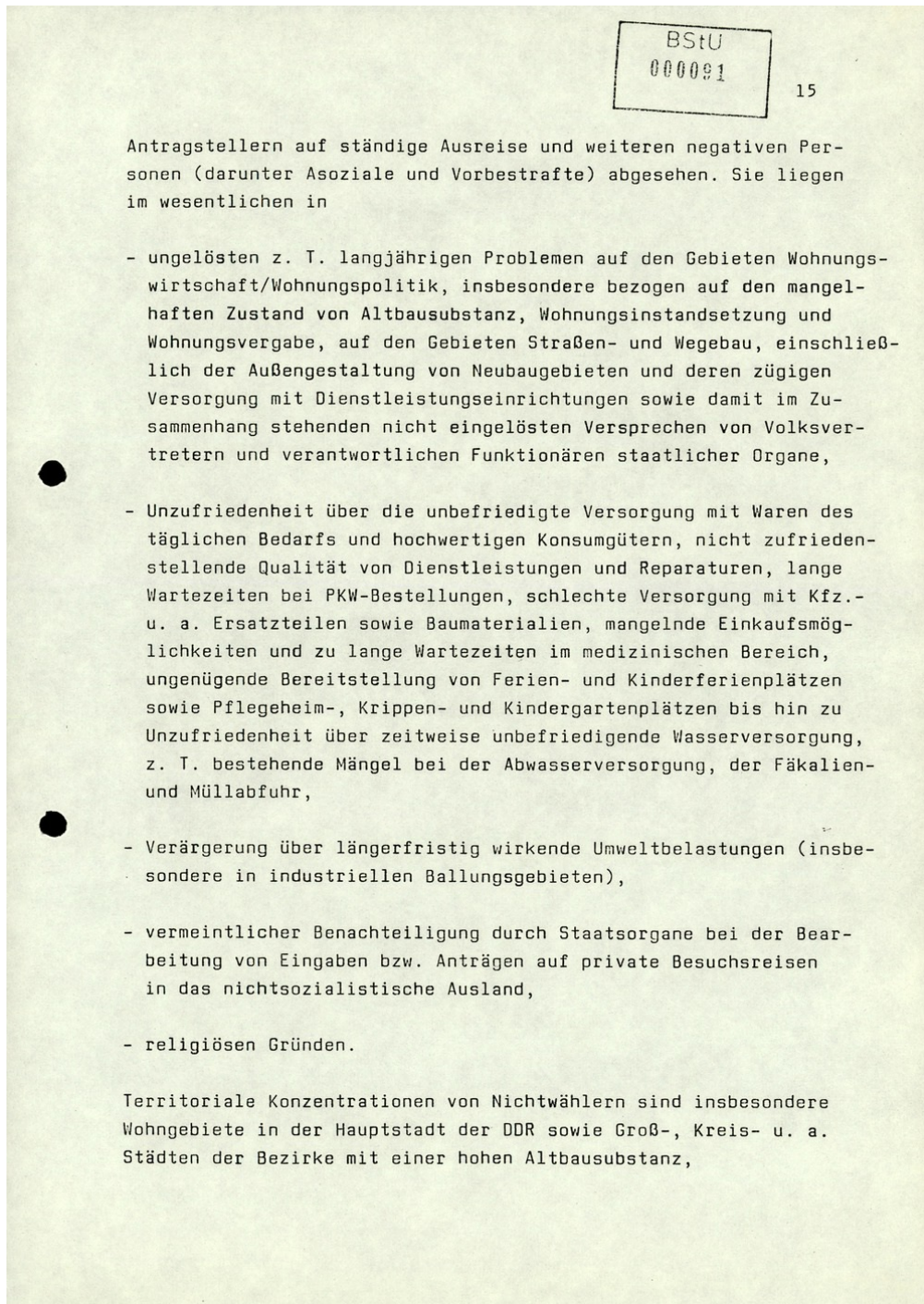
Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



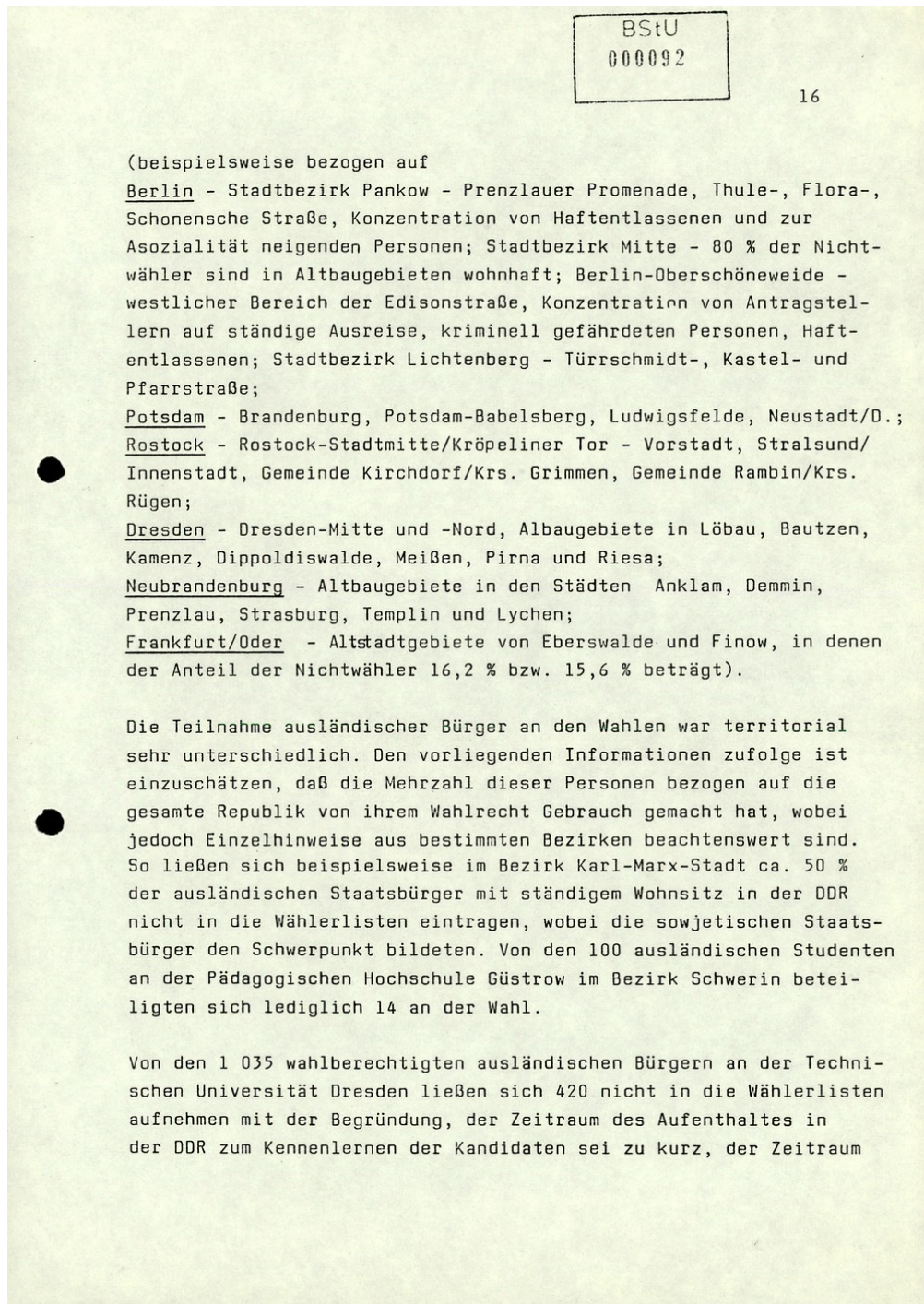
Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 91

Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

